

# Dresdner Volksstimme

**Volk, rechne ab!**  
Seite 5

Postfachkonto: Dresden Nr. 1234, Raben & Comp.

**Organ für das Volk**  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Veröffentlichung: Dienstag 19. Juli 1932, 20 Uhr bis 21 Uhr  
Verkaufspreis: 10 Pf. monatlich, 30 Pf. vierteljährlich, 1.00 Pf. halbjährlich, 1.80 Pf. jährlich  
Abbestellung: 15 Tage vorher  
Telegraphische Adressen: Dresden 1234

Dresden, Dienstag, den 19. Juli 1932 43. Jahrgang

## Das Bündnis Papen-Hitler

# Was das Zentrum enthüllt

**Die Verhandlungen zwischen Nazis und Zentrum über Preußen  
Hitler forderte, das Zentrum soll die Papen-Regierung tolerieren**

## Die gebundenen Nazis

Berlin, 18. Juni. (Eig. Funk.) Die Verleugnungs-  
politik der Nazis haben jetzt ein Ende. Das Zentrum  
hat dokumentarischen Beweis erbracht, daß  
die Nationalsozialistische Partei das Kabinett Papen toleriert  
und die Verantwortung trägt für die Taten des Stabi-  
lismus. Hier ist der Beweis, wie ihn die Germania  
bringt:

Am Mittwoch, dem 2. Juli 1932, lud Reichs-  
minister von Papen Vertreter der Zentrumspartei  
des Preussischen Landtags ein, um mit  
ihnen über eine baldige Regierungsbildung im  
Südpreußen zu sprechen. Von der Zentrumspartei er-  
nannte man mit dem Ministerpräsidenten der stellvertretende  
Stegler und der Geschäftsführer  
Krause. Der hier zum ersten Male in der Öffentlichkeit  
angelegene Inhalt dieser Unterredung wurde  
nach der Sitzung von den Vertretern des Zentrums in  
ein Protokoll festgehalten.

Nach dieser Niederschrift legte der Reichsfanzler  
betonen dar, daß er über die künftige  
politische Regierung mit Beauftragten  
Hitlers verhandelt habe und auch zu einem  
Ergebnis gekommen sei. Als vorläufiger Mann  
für die Verhandlungen schrittlich geben lassen,  
daß die Nazis bereit seien, mit dem Zentrum und den  
Nationalen über eine Regierungsbildung in Preußen  
zu verhandeln. Der Reichsfanzler trug dann die nachstehenden  
Bedingungen aus einem Schriftstück vor, das er während der  
Verhandlung in Händen hielt. Die Bedingungen lauteten:

1. Den Nationalsozialisten sind neben anderen Merkmalen  
das Ministerpräsidium und das Innen-  
ministerium zuzuerkennen.
2. Die Zentrumspartei hat ihre sinnlose  
Opposition gegen das Kabinett von  
Papen einzustellen.

Diese Bedingungen, so teilte von Papen mit, würden  
die Nationalsozialisten dem Zentrum und ebenso den Deutsch-  
nationalen in einem Brief unterbreiten. In diesem Brief  
erklärt er sich, im einzelnen darzulegen, was die Zentrumspartei  
vertreter dem Kanzler erwiderten. Von größter Bedeutung  
ist es aber für die angestrebte Regierungsbildung, daß Herr  
von Papen herausstellte, er sei es keineswegs gewesen,  
der den Nationalsozialisten nahegelegt habe, die Bedingung  
zu stellen, die Zentrumspartei solle ihre un-  
sinnige Opposition gegen sein Kabinett  
einstellen. Vielmehr habe er ausdrücklich gewünscht, diese  
Forderung möge wegfallen. Die Nationalsozialisten  
seien auf diese Bedingung aber geradezu  
verlassen gewesen.

Das ist ein durchschlagender Beweis! Die National-  
sozialisten halten das Kabinett Papen-Schleicher so sehr für  
ihre eigenes Kabinett, daß sie ihm zur Tolerierung durch die  
Nazis auch noch die Tolerierung durch das Zen-  
trum verschaffen wollten! Jetzt sind sie gestellt, jetzt hilft  
kein feiges Leugnen mehr!

## Lobes Erklärung

**Der höchste Beamte der Republik bestätigt  
den Pakt Papen-Hitler**

Jocher, 18. Juli. (Eig. Draht.) In einer hiesigen  
Verammlung erklärte Reichstagspräsident Löffler, er habe  
aus dem Munde des höchsten Beamten der deut-  
schen Republik bestätigt bekommen, daß die Führung  
der Nazis ausdrücklich versprochen habe, die  
Papen-Regierung zu tolerieren. Deshalb sei  
es Aufgabe jedes Republikaners, immer wieder von neuem  
die Tolerierung der Nazis zu verhindern und die Nazis  
partei aus der Kammer nicht herauszulassen, in die sie sich  
selbst begeben habe.

## Ganls Rückzug

Das seit gestern verhängte Demonstrierungsver-  
bot ist ein Rückzug der Reichsregierung, aber  
leider ein Rückzug, der zu teuer erkauft werden mußte. Der  
Soz. Preßdienst schreibt dazu:

Annähernd 20 Tote und über 100 zum Teil  
lebensgefährlich Verletzte — das ist die Verlustliste  
des vergangenen Sonntag! Bedenkt man die Opfer hinzu, die  
vor diesem Platzontag seit der Wiedererrichtung der Frauen-  
bünden und der völligen Aufhebung des Demonstrationsverbots  
verzeichnet werden mußten, so wird annähernd die Zahl von  
60 Toten erreicht. 60 Tote, weit über 500 Verletzte, das ist  
das Resultat einer Politik, vor der fast sämtliche Landesregierungen  
und sämtliche republikanischen Parteien eindringlich, aber ver-  
geblich gewarnt haben! Die Träger des „neuen Aufbaus“ stehen  
vor den Ergebnissen ihrer Politik. Sie haben eine außerordent-  
lich schwere politische Verantwortung auf sich genommen.

Als die Sozialdemokratie den Reichsinnen-  
minister bereits vor Wochen auf die Wirkung und Folgen  
seiner Innenpolitik aufmerksam machte, hat über die Schand-  
taten sozialistischer Verbände gegen Republikaner und republikanische  
Institutionen unterrichtet und schließlich an ihn die Frage rich-  
tete, ob er nach alledem den Zeitpunkt für die Aufhebung der  
Ingenieurverbote an die Privatarmee Dühring nicht für gekommen  
erachtet, antwortete Herr von Ganl: „Nein, nicht!“ In der  
Zwischenzeit haben die Provokationen der Rotfrontorganisationen  
weitere Opfer gefordert. Aber immer „noch nicht“ war Herr  
von Ganl an dem Zeitpunkt zu den entscheidenden Maßnahmen an-  
gekommen. Erst nachdem am Sonntag wieder 20 Tote die Opfer-  
liste bedeckten, hat die Regierung der Verbote einsehen  
lassen, daß es so nicht weiter geht. Unter dem Druck der Er-  
gebnisse mußte sie handeln und die von ihr gegen den Willen  
der Reichsregierungen verhängte Demonstrierungsverbot  
aufheben. Sie waren in der Lage, die Folgen des Experimentes  
für die Aufhebung voranzuführen. Sie haben die Regierung ein-  
dringlich genug vor den Folgen gewarnt.

Die kapitalistische Presse schreibt bei der Nazipresse ab  
und schiebt den Kommunisten alle Schuld an. Die  
letzten Wochen haben derart viele Beispiele gebracht, in denen  
die Hakenkreuzler unbestreitbar als Provokateure  
und Angreifer festgestellt wurden, daß man zu dem rea-  
ktionären Vorgehen weiter nichts zu sagen braucht. Warum  
ging es unter der Regierung Brüning einigermassen? Der  
Zentrumskanzler und Hindenburg mußten sich davon über-  
zeugen, daß die SA überall dort, wo sie sich stark genug  
fühlt, Gewalttaten begeht, daß sie sich als Armee fühlt.  
Deshalb kamen Uniformverbot und Verbot der SA. Zeit-  
dem beide Verbote von der Baronsregierung aufgehoben  
wurden, mehren sich die Taten und Verwundeten auf den  
Straßen Deutschlands, denn es ist selbstverständlich, daß über-  
all dort, wo uniformierte Gegner einander begegnen, die  
Gegensätze rascher und demonstrativer aufeinanderstoßen.  
Und überall dort, wo es zu Zusammenstößen kam, schloßen  
die Papen-Nazis, zeigten ihre Bewaffnung. Und wenn ein  
schärferes Waffengesetz von der Polizei überall wirklich ob-  
jektiv gehandhabt wird, so dürfte sich bald zeigen, daß das  
nationalsozialistische Lager eine Fundgrube von Pistolen ist.

Wollte das Papenkabinett die richtigen Konse-  
quenzen aus den bisherigen blutigen Lehren ziehen, so  
müßte sein Rückzug bis zu Brüning's Methode, bis zum Ver-  
bot der SA, führen. Man braucht nur die blutigen  
Sprache der Hitler-Demagogen in ihren Verammlungen und

## Listenverbindung der Reaktion

Die Deutsche Volkspartei des Herrn Dingel-  
siedler, der Vort der sozialen Reaktion in Deutschland, die  
Partei der Schloßbarone und Scharfmacher,  
für die Wahl Listenverbindung mit den Deutsch-  
nationalen vereinbart. Reaktion verbündet sich mit  
nationalen Verbänden, aber ein Schreiben bekannt, das  
am 4. Juli 1932 an Frid gerichtet hat. Dieses  
Schreiben enthält, daß in einer Verhandlung der beiden  
Parteien die Bedingungen festgelegt für eine Listenver-  
bindung der Nazis mit der Volkspartei. Dingel-  
siedler teilte in Briefe mit, daß man inzwischen mit den  
Nationalen abgeschlossen habe. Der Brief  
enthält: „Damit erledigen sich diejenigen Vorklagen,  
die Sie im Auftrage Ihres Parteiführers  
gegen uns eingereicht haben.“

Daraus geht hervor, daß Hitler der Deutschen Volks-  
partei und ihrem Dingel'schen Listenverbindung für  
die Reichstagswahl angeboten hat. Die Nazis  
haben, die mit dem Gelde der Schwerindustrie finanziert  
ist, hat der Partei der Scharfmacher und der finsternen  
Reaktion im Auftrage ihrer Geldgeber ein  
festes politisches Bündnis angeboten. Die  
Partei des Herrn Hitler wagt immer noch, sich Arbeiter-  
partei zu nennen. Das Angebot Hitlers an Dingel's  
ist die Name ein ungeheurerlicher Volksbetrug  
Er verleiht zugleich den Volksoerrat der Nationalsozi-  
alisten Partei.

## Abgeblitzt

**Hitler kann die Wahrheit nicht verbieten**

W. Hamburg, 16. Juli. (Eig. Ber.)  
Die Zivilkammer 7 des Altonaer Landgerichts hat  
auf Einspruch des preussischen Landtagsabgeordneten und Abge-  
ordneten vom Altonaer Amtsenrat erstellte einseitige Beschlü-  
ße aufgehoben, nach der verboten war, zu verbreiten,  
Hitler billigt das Kabinett Papen, die NSDAP,  
oder ihre Führer seien für die Einführung der Zula-  
ßener verantwortlich und die NSDAP habe als Gegen-  
leistung für die Aufhebung des SA-Verbots und des Uniform-  
verbots in eine Abzählung der Renten und in eine neue  
Belastung der Werkstätten eingewilligt. Die Kosten des  
Verfahrens wurden der antwortstellenden Partei (Hitler) auferlegt.

Die Aufhebung des Landgerichts wurde gefüllt nach einer  
mehrfachigen Verhandlung, in der die beiden Parteien Gelegen-  
heit hatten, eingehend ihre Standpunkte darzulegen. Das Ergeb-  
nis der Beweisaufnahme war für die Hitler-  
Partei in jeder Beziehung katastrophal. Das Gericht be-  
stimmte, daß sie nicht das Recht habe, die politischen Angaben  
zu verbieten, die da befragen: Hitler billigt das Kabinett Papen,  
die NSDAP, ist verantwortlich für Zulassung, Finanzierung und  
neue Belastungen. Sie hat diese Aufstellungen gegen die Auf-  
hebung des Uniformverbots eingehend.

## „Ein Mißtrauen verdient Papen nicht!“

So erklärte der tschechisch-polnische Naziführer Ein-  
denkewitz in einer Deutscher Nazi-Verammlung  
am 19. Juli.  
Arbeiter, Angestellte und Rentner, gebt diesen Volks-  
beträgen  
die Antwort am 31. Juli!